

IHKWLW Politiknews

19. AUSGABE HERBST 2025

Positionen

DIHK-Positionspapier Wirtschaft
und Verteidigung vorgestellt

SEITE — 03

Nachgefragt

zum Landesraum-
ordnungsprogramm

SEITE — 04

Aktuelles

IHKWLW setzt auf umfassendes
Handelsabkommen mit den USA

SEITE — 07

NEUE STUDIE ZEIGT, WIE WIR SCHNELLER WERDEN KÖNNEN

Regionale Wirtschaft hofft auf Trendwende

Laut der aktuellen Konjunkturumfrage der IHKLW, an der 674 Betriebe teilgenommen haben, geht bei den Unternehmen in der Region Nordostniedersachsen die Skepsis zurück. Es keimt Hoffnung auf. Zwar sehen immerhin noch 58 Prozent der befragten Betriebe in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und Bürokratie ein Risiko für ihre künftige Geschäftsentwicklung. Dass der Wert im Vergleich zum Vorquartal um zehn Prozentpunkte zurückgegangen ist, zeigt nach Einschätzung unser IHKLW jedoch, dass die von der neuen Bundesregierung angekündigten und teilweise schon auf den Weg gebrachten Maßnahmen Hoffnung wecken. Wichtig ist jetzt, dass die angekündigten öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Sicherheit durch Strukturreformen ergänzt werden. Dann können wir den Investitionsstau auflösen und den Wachstumsmotor zum Laufen bringen. Die IHKLW sieht sich bei ihrer Analyse bestätigt durch den im Juli an Bundespräsident Steinmeier überreichten Abschlussbericht der Initiative für einen handlungsfähigen Staat. Zu bedenken ist, dass 90 Prozent der Gesamtinvestitionen in Deutschland private Investitionen sind. Um Anreize für mehr private Investitionen zu schaffen, braucht es investitionsfreundliche Rahmenbedingungen wie eine moderne, digitale und leistungsfähige Verwaltung, weitere Schritte beim Bürokratieabbau und noch mehr Tempo bei Planungs- und Genehmigungsverfahren. Laut der IHKLW-Standortumfrage

ist bei 1600 Unternehmen nur jeder zehnte Betrieb mit dem Tempo örtlicher Bau-, Planungs- und Genehmigungsverfahren zufrieden. Wenn öffentliche Investitionen und Strukturreformen Hand in Hand gehen, kann Nordostniedersachsen auf Wachstumskurs gebracht werden.

Nach Auffassung der Initiative für einen handlungsfähigen Staat sollten Genehmigungsprozesse, das Planungs-, Bau-, Umwelt-, Vergabe- und Verwaltungsverfahren recht grundsätzlich überarbeitet und ein einheitliches Verfahrensrecht für Infrastrukturvorhaben geschaffen werden. Für die Instandsetzung maroder Infrastruktur unter Einsatz von Hunderten von Milliarden Euro ist folgende Verabredung im Koalitionsvertrag von zentraler Bedeutung: Für Ersatzneubauten soll auf ein erneutes Planfeststellungsverfahren verzichtet und die Plan genehmigung zum Regelverfahren werden. Schwellenwerte für Direktvergabe und Freihändige Vergaben sollen heraufgesetzt werden. Schließlich soll die aufschiebende Wirkung der Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Vergabekammern zu den Oberlandesgerichten entfallen, um die Vergabe öffentlicher Aufträge zu beschleunigen.

 **Mehr Infos!**

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



wie handlungsfähig ist unser Staat im Jahr 2025 und wo können wir besser werden? Als IHKLW beraten und unterstützen wir die Unternehmen, aber auch Politik und Verwaltung. Wir setzen uns für das ein, was unsere Mitgliedsunternehmen brauchen.

Dazu gehören ganz unterschiedliche Themen, die wir in dieser Ausgabe beleuchten: Anhand unserer Umfragen erheben wir, wie gut es um die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen steht und wir zeigen auf, wie wir den Übergang zwischen Schule und Ausbildung verbessern können.

Mit einem neuen DIHK-Positionspapier zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützt die Wirtschaft die aktuelle Diskussion und zeigt auf, was die Unternehmen zu Sicherheit und Verteidigung beitragen können. Als IHKLW legen wir aber auch den „Finger in die Wunde“, beispielsweise bei den Verzögerungen bei der A 39 oder bei den geplanten Änderungen am Landesraumordnungsprogramm (LROP), die wir als IHK Niedersachsen nicht befürworten können.

Klar ist: Deutschland muss schneller werden, also einfacher und unbürokratischer. Erst im Juli hat der Bericht der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ an Bundespräsident Steinmeier aufgezeigt, dass wir jetzt gemeinsam an diese Themen ranmüssen.

Wir brauchen mehr Pragmatismus, denn wir haben keine Zeit mehr für Bürokratie, die uns ausgebremst. Besonders charmant daran, damit sparen wir Milliarden in den Unternehmen und im Staat. Dann kann sich Beschleunigung in Wachstum umwandeln.

Andreas Kirschenmann ist geschäftsführender Gesellschafter bei Gastrobäck in Hollenstedt und Präsident unserer IHK Lüneburg-Wolfsburg (IHKLW).

KONTAKT

andreas.kirschenmann@ihklw.de

Andreas Kirschenmann

„Deutschland muss schneller werden, also einfacher und unbürokratischer.“



IHKLW-Podcast Moin Wirtschaft

Im IHKLW-Podcast Moin Wirtschaft spricht IHKLW-Präsident Andreas Kirschenmann mit Gästen aus Wirtschaft, Politik und Forschung über Themen, die unsere Region bewegen. Substanziell. Direkt. Für alle, die Wirtschaft gestalten wollen.

Jetzt Reinhören: www.ihk.de/ihklw/moin-wirtschaft

DIHK-Positionspapier Wirtschaft und Verteidigung vorgestellt

Angesichts der angespannten Sicherheitslage veröffentlichte die DIHK im August ein Positionspapier zu den Synergien zwischen Wirtschaft und Verteidigung. Die IHK-Organisation könne als wichtige Schnittstelle zwischen Unternehmen und Sicherheitsbehörden agieren und dadurch "einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Resilienz unserer Wirtschaft und die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes zu erhöhen", so der DIHK-Präsident Peter Adrian. Die fünf Forderungen der DIHK:

1. Verwaltungsverfahren beschleunigen und Bürokratie abbauen

Auf allen Ebenen sollen Beschleunigungsmaßnahmen für Planungs- und Genehmigungsverfahren umgesetzt sowie überbordende Bürokratie abgebaut werden – insbesondere in verteidigungsrelevanten Branchen.

2. Ganzheitlicher Ansatz bei der Fachkräftesicherung

Der angespannte Fachkräftemarkt wird durch den neuen Wehrdienst weiter unter Druck gesetzt. Damit wirtschaftliche Stabilität und Verteidigungsfähigkeit in Einklang gebracht werden, müssen Wehrdienst, Fachkräfte und berufliche Bildung gemeinsam gedacht werden.

3. Resilienz der Wirtschaft erhöhen

Hybride Destabilisierungsmaßnahmen im Cyber-, Energie- oder Rohstoffbereich treffen Unternehmen bereits heute, weshalb umfassende präventive Maßnahmen gebraucht werden, um die Resilienz der Wirtschaft zu erhöhen.

4. Solide Rahmenbedingungen für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Dieser hochregulierte und auf staatliche Nachfrage angewiesene Industriezweig ist für die Verteidigungsfähigkeit unerlässlich und sollte deshalb in soliden politischen Rahmenbedingungen agieren können.

5. IHK-Organisation als Schnittstelle und Partner

In den Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung (RRGV) wird die Rolle der Wirtschaft auf vielfältige Weise stark hervorgehoben. Die IHK-Organisation kann dabei eine zentrale Rolle als Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bundeswehr spielen.

Hier gehts zum Positionspapier:



INTERVIEW

Nachgefragt zum Landesraum- ordnungsprogramm



Warum ist das Landesraumordnungsprogramm (LROP) für die Wirtschaft überhaupt so wichtig?

Das LROP setzt den Rahmen für die räumliche Entwicklung in Niedersachsen. Es legt fest, wo sich etwa Siedlungs- oder Gewerbeflächen entwickeln dürfen, wie die Nahversorgung gesichert wird und wie die zentralen Orte gestärkt werden. Für die Wirtschaft bedeutet das Planungssicherheit. Unternehmen brauchen Klarheit, wo sie investieren und wachsen können.

Die geplante neue 1 200-Quadratmeter-Grenze zur Großflächigkeit für Nahversorger sorgt für Diskussionen. Was ist aus IHK-Sicht das Problem?

Bisher galt raumordnerisch eine Schwelle von 800 qm Verkaufsfläche, ab der Märkte als großflächig eingestuft werden. Diese Grenze soll in Niedersachsen nun auf 1200 qm für Lebensmittel- und Drogeriemärkte ausgeweitet werden – und das nahezu ohne raumordnerische Prüfung. Wir sehen darin einen Bruch mit der bisherigen Planungspraxis und eine politische Entscheidung ohne fachliche Grundlage.

Warum halten Sie an der 800-Quadratmeter-Grenze fest?

Weil es dafür gute Gründe gibt. Zum einen schützt diese Schwelle gewachsene Nahversorgungsstrukturen, insbesondere in den Innenstädten und Ortszentren. Zum anderen verhindert sie, dass sich großflächige Märkte an ungünstigen Standorten am Ortsrand entwickeln, wo sie bestehende Strukturen schwächen könnten. Entwicklungspotenziale für großflächige Betriebe sollten konsequent in die Zentren gelenkt werden – dort stärken sie andere Funktionen und sichern lebendige Stadtkerne.

Aber braucht es nicht mehr Flexibilität für die Nahversorgung, gerade im ländlichen Raum?

Flexibilität ist wichtig – und sie ist bereits vorhanden. Das LROP 2017 hat dafür verschiedene Instrumente und Ausnahmeregelungen bereits vorgesehen. Mit der „wohnortbezogenen Nahversorgung“, den „herausgehobenen Nahversorgungsstandorten“, sowie der Ausnahmeregelung zum Integrationsgebot gibt es ausreichend Möglichkeiten Nahversorgung an Standorten zu etablieren, die auf den ersten Blick nicht im Sinne des LROP sind. Wichtig hierbei ist vor allem die fehlende Raumwirksamkeit, also der Nachweis, dass zentrenschädigende Auswirkungen ausgeschlossen sind. Mit diesen Regelungen können schon heute jenseits der 800-Quadratmeter-Schwelle Nahversorger entstehen, wenn es vor Ort sinnvoll ist. Eine pauschale Anhebung auf 1200 qm ist daher nicht notwendig.

Was befürchten Sie konkret bei der neuen Regelung?

Wir befürchten vor allem negative Entwicklungen in den Ortskernen unserer Grundzentren. Oft haben die Lebensmittelmärkte vor Ort eine wichtige Magnetfunktion, von der dann auch kleinere Betriebe in der unmittelbaren Nachbarschaft profitieren. Wenn der Magnet nun an den Ortsrand umzieht, wird es für viele Betriebe eng und der Ortskern wird geschwächt. Darüber hinaus befürchten wir eine Ausdünnung des generellen Nahversorgungsnetzes in Niedersachsen. Mit einer Verkaufsflächenerweiterung kann man im Allgemeinen auch von einer größeren Kaufkraftbindung ausgehen. Wenn man davon ausgeht, dass das Ausgabeverhalten nicht mitwächst, bedeutet das im Umkehrschluss, dass sich das Lebensmittelangebot mittelfristig auf weniger Märkte konzentrieren wird. Gerade in unserer ländlich geprägten Region ist das nicht im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Jan Weckenbrock
Berater Raumordnung
und Stadtentwicklung

KONTAKT
Telefon: 04131 742-143
jan.weckenbrock@ihklw.de



„Entwicklungspotenziale für großflächige Betriebe sollten konsequent in die Zentren gelenkt werden.“

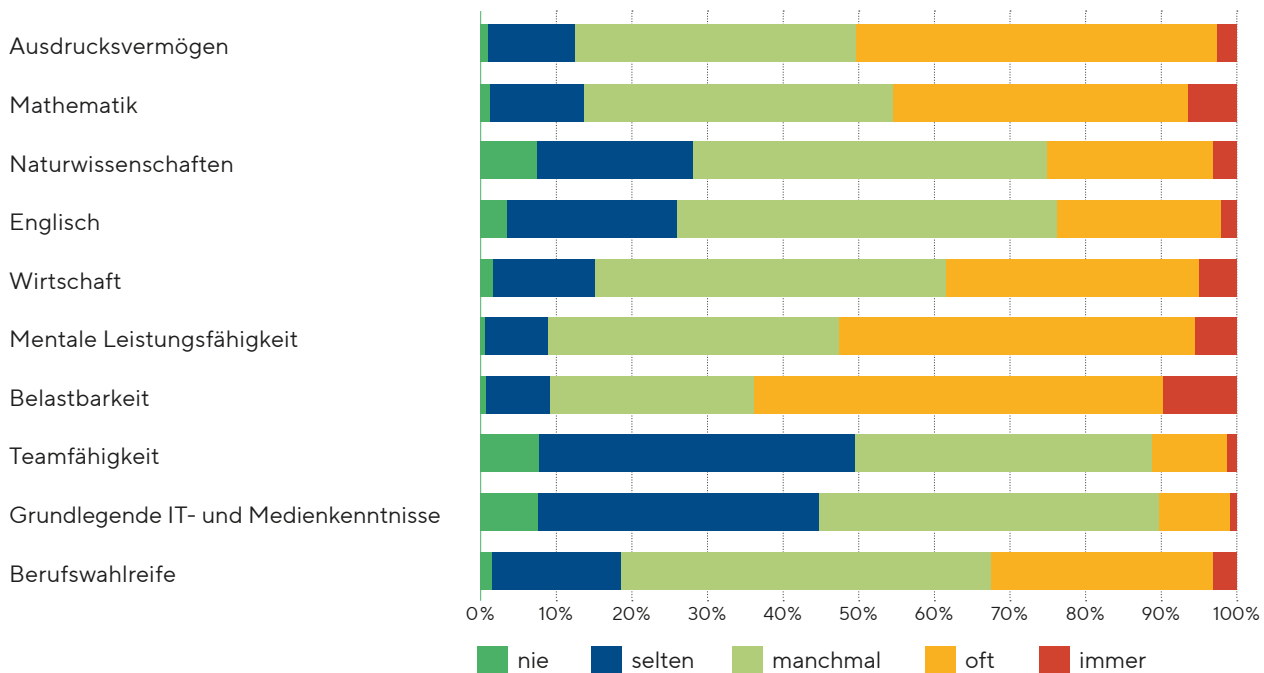
Ausbildungsfähigkeit

Die Ausbildungsumfrage 2025 der IHK Niedersachsen zeigt: Der Fachkräftemangel bleibt das zentrale Problem der Unternehmen im Land. Im Jahr 2024 konnten nur 56,4 Prozent der Betriebe in Niedersachsen alle ihre Ausbildungsplätze vollständig besetzen. Hauptgrund dafür war laut 72,6 Prozent der Unternehmen ein Mangel an geeigneten Bewerbungen. Besonders alarmierend ist, dass ein Drittel (33 Prozent) der betroffenen Betriebe angab, überhaupt keine Bewerbungen erhalten zu haben – ein klares Zeichen für den anhaltenden Fachkräftemangel. Gleichzeitig stehen viele Ausbildungsbetriebe vor einer weiteren Herausforderung: Der mangelnden Ausbildungsreife junger Menschen.

Alle Plätze besetzt?



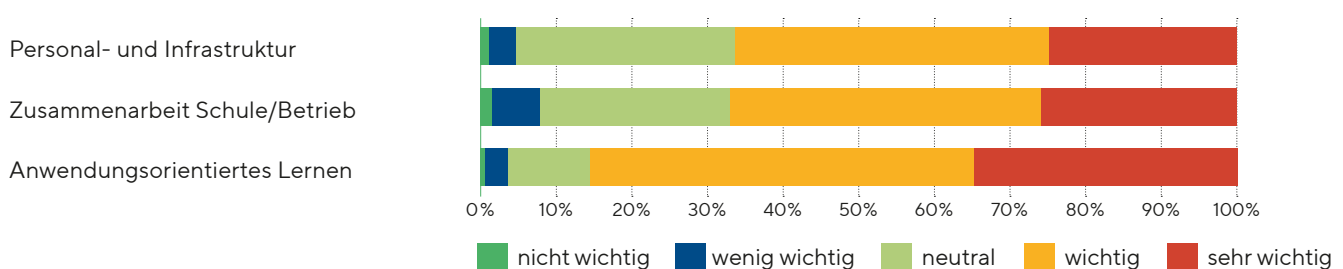
In welchen Bereichen stellen Sie Mängel bei der Ausbildungsreife heutiger Schulabgänger fest?



Besonders häufig genannt werden Schwächen im Ausdrucksvermögen, in Mathematik sowie mangelnde Belastbarkeit, Disziplin und mentale Leistungsfähigkeit.

Auch das System der Berufsschulen gerät zunehmend in den Fokus der Kritik. Viele Ausbildungsbetriebe fordern deutliche Reformen:

Für wie wichtig halten Sie folgende Veränderungen in der dualen Ausbildung?



AKTUELLES

Keine Bettensteuer in Soltau

Die IHKLW warnt vor der geplanten Bettensteuer in Soltau ab 1. Januar 2026. Sie schwächt die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Nachbargemeinden ohne Übernachtungssteuer, kann Gäste abschrecken und trifft vor allem kleinere Betriebe überproportional. Potenziell weniger Übernachtungen bedeuten Einbußen für Gastronomie, Handel und Freizeitwirtschaft – ein „Rattenschwanz“ mit negativen Folgen für die lokale Wertschöpfung und die kommunalen Steuereinnahmen. In wirtschaftlich angespannten Zeiten mit hohen Energie- und Personalkosten sowie Pandemie-Folgen ist eine Zusatzbelastung kontraproduktiv. Zudem verursacht die Steuer hohen Verwaltungsaufwand – für Betriebe und Verwaltung – und trifft auch Menschen mit geringem Einkommen. Einnahmen fließen in den allgemeinen Haushalt, nicht zweckgebunden in den Tourismus. Fazit: Die Bettensteuer ist ein falsches Signal. Die IHKLW fordert, auf die Einführung zu verzichten und gemeinsam mit der Wirtschaft tragfähige Lösungen zu entwickeln.



Podiumsdiskussion der A-39-Konferenz
„Von hier. Für alle. A 39“

Die A 39 – ein Entwicklungsimpuls für die ganze Region

Das Bundeskabinett hat am 30. Juli den Entwurf für den Bundeshaushalt 2026 und die Finanzplanung bis 2029 beschlossen – mit Rekordinvestitionen zur Modernisierung Deutschlands. Das sind beste Voraussetzungen, um den ersten Bauabschnitt der A 39 – für den bereits ein Planfeststellungsbeschluss ohne aufschiebende Wirkung vorliegt – noch 2025 zu starten. Jetzt zählt, dass die Mittel im Haushaltsvollzug bereitgestellt werden.

In der Region ist der Bedarf klar: Die A 39 schafft bessere Erreichbarkeit, stärkt Fachkräftemobilität, verbessert Logistik und trägt zu gleichwertigen Lebensverhältnissen im ländlichen Raum bei. Entsprechend zeigt sich der Rückhalt in repräsentativen Forsa-Umfragen: 71 Prozent befürworten den Ausbau, 80 Prozent sehen mehr Vorteile als Nachteile. Wie breit dieser Konsens ist, zeigte sich auch bei der Konferenz „Von hier. Für alle. A 39“, bei der Anfang Juli mehr als 80 regionale Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Kommunen und Verbänden ihre deutliche Unterstützung bekräftigten. „Infrastruktur ist eine der zentralen Grundlagen für wirtschaftliche Entwicklung. Doch seit Jahrzehnten fehlt in unserer Region eine leistungsfähige Anbindung an das Autobahnnetz – wir sprechen über den größten autobahnfreien Raum Deutschlands“, bekräftigt IHKLW-Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert. „Dieser Wettbewerbsnachteil muss im Interesse der regionalen Wirtschaft ausgeglichen werden. Das gilt für die A 20, die A 21 und die A 26 genauso wie für die A 39.“ Im Sommer hat sich unsere IHKLW gemeinsam mit der IHK Braunschweig und dem Nordland-Autobahnverein mit einer Social-Media-Kampagne für die A 39 stark gemacht. Welche Argumente sprechen für das Projekt – und was sagen die Kritikerinnen und Kritiker? Im Oktober diskutieren Dr. Julia Verlinden (MdB Bündnis 90/Die Grünen), IHKLW-Präsident Andreas Kirschenmann und Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert im Podcast „Moin Wirtschaft“. Jetzt abonnieren – überall, wo es Podcasts gibt.

Die Website www.unserea39.de bündelt wesentliche Zahlen, Fakten und räumt mit Vorurteilen gegenüber der A 39 auf.



IHKLW setzt auf umfassendes Handelsabkommen mit den USA

Aus Sicht der IHKLW ist die im August erzielte Einigung der Europäischen Union und der USA im Zollstreit ein erster Schritt hin zu einem umfassenden transatlantischen Handelsabkommen. Wichtig ist, dass eine Einigung erzielt wurde, die beidseitige Eskalationen stoppt und den Eintritt in eine Zollspirale abgewendet hat. Es geht jetzt darum, durch verbindliche Vereinbarungen Planungssicherheit für die im US-Geschäft tätigen Unternehmen zu schaffen und mit einem umfassenden Handelsabkommen die Handelskonflikte dauerhaft zu entschärfen. Die IHKLW stützt sich dabei auf die Blitz-Umfrage bei im Auslandsgeschäft tätigen Unternehmen, die die IHKs in der Zeit vom 31. Juli und dem 4. August durchgeführt haben. Bundesweit beteiligten sich 3355 Unternehmen an der Umfrage, aus Niedersachsen waren es 397 Unternehmen.

Die IHKLW fordert, dass die in der Vereinbarung von EU und USA verabredeten US-Zollsenkungen im Autosektor rasch umgesetzt werden. Aus Sicht der IHKLW ist es notwendig, eine umfassende Senkung der US-Zölle im Stahl- und Aluminiumbereich zu erreichen. Bei der Abschaffung der EU-Industriezölle für US-Importe gilt es nun, die Folgewirkungen auf die heimischen Märkte ins Blickfeld zu nehmen – denn der Standortwettbewerb droht jetzt rauer zu werden. Jedoch sieht die IHKLW auch Chancen, wenn uns die neuen Zumutungen im US-Geschäft dazu anstacheln, die Wirtschaftsstandorte in der EU durch drastischen Bürokratieabbau für Spitzentechnologie, Forschende und innovative Unternehmen attraktiver zu machen und den EU-Binnenmarkt zu vollenden.

Mit ihrer Binnenmarktstrategie hat die EU-Kommission im Mai aus Sicht der IHKLW einen wichtigen Schritt getan. Langfristiges Ziel der EU sollte aus Sicht der IHKLW darüber hinaus die vollständige Abschaffung der WTO-widrigen US-Zölle sein.

Details zur EU-US-Einigung im Zollstreit

Gemäß der Vereinbarung der US-Administration mit der EU vom 21. August 2025 gilt für die überwiegende Mehrheit der EU-Ausfuhren, einschließlich strategischer Sektoren wie Kraftfahrzeuge, Arzneimittel, Halbleiter und Holz, ein Zollsatz von maximal 15 Prozent (all-inclusive, beinhaltet also auch bestehende MFN-Zölle). Sektoren, für die bereits Meistbegünstigungstarife von 15 Prozent oder mehr gelten, unterliegen keinen zusätzlichen Zöllen. Für Personenkraftwagen und Kraftfahrzeugteile werden die 15 Prozent parallel zum Start des EU-Verfahrens für Zollsenkungen für US-Erzeugnisse gelten.

Ab dem 1. September wird eine Reihe von Produktgruppen von einer Sonderregelung profitieren, bei der nur Meistbegünstigungstarife gelten. Dazu gehören nicht verfügbare natürliche Ressourcen (z. B. Kork), alle Flugzeuge und Luftfahrzeugteile, Generika und ihre Inhaltsstoffe sowie chemische Ausgangsstoffe. Beide Seiten unternehmen ehrgeizige Anstrengungen, um diese Regelung auf andere Produktkategorien auszuweiten – ein wichtiges Ergebnis für die EU.

 Mehr Infos!



IHK LW im Dialog

In verschiedenen Veranstaltungs- und Dialogformaten tritt unsere IHKLW für die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

MEHR INFOS UND
TERMINE UNTER
ihklw.de

05. November 2025

2. Niedersächsischer Handelskongress

Ab 11 Uhr | FUNKE Medien Niedersachsen GmbH
Hintern Brüdern 23, 38100 Braunschweig
veranstaltungen.braunschweig.ihk.de

20. November 2025

GedankenGut – der Talk

Werte schaffen Wandel: Vertrauen als Erfolgsfaktor.
Mit Sylvia Schweigler-Zitko
18–21 Uhr | ADAC-Gelände | Embsen
gedankengut.ihklw.de

03. Dezember 2025

Sicherheitsforum NON

IHK LW | Volgershall 1 | Lüneburg

IHK LW-Politiknews abonnieren



Um künftige Ausgaben automatisch zu erhalten,
abonnieren Sie die IHKLW-Politiknews hier:

Impressum | Leserservice

IHK LW-Politiknews

Der Newsletter für Politik
und Verwaltung
19. Ausgabe **Herbst 2025**

Abo bestellen

ihk-lueneburg.de/abo
> IHKLW-Politiknews

Herausgeber

IHK Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1, 21335 Lüneburg
Telefon 04131 742-0
E-Mail politiknews@ihklw.de

Verantwortlich

Inhaltlich Verantwortlicher für
redaktionelle Inhalte gemäß
§ 55 Abs. 2 RStV:
Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert

Redaktion

Medina Gaidus
medina.gaidus@ihklw.de
Telefon 04131 742-147
E-Mail politiknews@ihklw.de



Foto: © 2024 H.-J. Wege, all rights reserved

DIE GUTE NACHRICHT

Beste Azubis im Rampenlicht

Rund 100 junge Menschen, werden am Freitagabend (19. September) bei der Bestenehrung der Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg (IHK LW) auf der Bühne im Theater Lüneburg stehen und haben allen Grund, stolz auf sich zu sein: Jeder von ihnen hat in seiner Abschlussprüfung mindestens 92 von 100 möglichen Punkten erreicht und gehört damit zu den besten Ausbildungsabsolventen seines Berufs im IHKLW-Bezirk. Sie alle haben mit diesem Top-Ausbildungsabschluss einen tollen Erfolg erzielt. Die Glückwünsche dafür und ein großes Dankeschön an die Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen, die die Absolventen auf ihrem Weg engagiert begleitet haben, werden an diesem Abend von unserem IHKLW-Präsidenten Andreas Kirschenmann übergeben.

IHK LW Politiknews



Besuchen Sie uns:
facebook.com/ihklw
linkedin.com/company/ihk-lueneburg

